

Thomas A. Jaskowiak
c/o Volksinitiative Sachsen-Anhalt 2011
Elbesiedlung 13
06888 Mühlanger
Telefon: 0172 – 343 56 41
Email: buergermeister@muehlanger.de

Offener Brief

Mühlanger, den 16. Januar 2008

Sehr geehrter Ministerpräsident, Herr Prof. Dr. Böhmer,
sehr geehrte Damen und Herren Minister,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete!

Seit der letzten Landtagswahl ist nun geraume Zeit vergangen. Wir haben in vielen Bereichen sehr positive Entwicklungen nehmen können. So wird die Finanzpolitik, die Wirtschaftspolitik und auch das Soziale vom Bürger sehr positiv bewertet. Natürlich gibt es auch andere positive Bereiche, wie z.B. das Bauwesen oder die Justiz, die jeweils positiv besetzt sind, jedoch nicht direkt in die Wertung greifen, weil die Bürger vielleicht nicht so direkt betroffen sind oder die Medienwirksamkeit nicht so hoch ist.

Aber es ist auch die Zeit, die von teilweise heftiger Unruhe, vor allem durch die Reformbestrebungen zur Gemeindegebietsreform, geprägt sind. Es wurde viel diskutiert, ja häufig sogar heftigst gestritten. Dabei stand die Existenz der großen Koalition mehrfach auf dem Spiel. Der Juniorpartner SPD hat sich aber immer durchgesetzt und die CDU, obwohl sie zur letzten Wahl etwas ganz anderes ihrem Wähler versprach, überzeugt, die Gemeindegebietsreform doch anzufassen.

Bis hierher ist auch noch nichts verwerflich. Jede politische und demokratische Kraft kann Gesetze einbringen. Aber, und jetzt kommt das Verwerfliche aus meiner Sicht, Gelder für Gutachten auszugeben, die andere Richtungen vorgeben und diese dann nicht zu akzeptieren, das ist für den normalen Bürger nicht nachvollziehbar. Und nun, mit dem Gesetzesentwurf, beginnt auch bei den CDU-Mitgliedern an der Basis ein umdenken. Plötzlich erkennt man, dass hier etwas anderes gemacht wird, als zur Wahl versprochen wurde. Hinzu kommt diese plötzliche Eile! Zuerst dauerte es ewig und ich dachte, dass wird ein Gesetz, welches vom Innenministerium entwickelt wird und dann in allen Schichten der „Betroffenen“, vom normalen Bürger, über die ehrenamtlich tätigen Politiker bis hin zu Ihnen, die das Gesetz beschließen müssen, offen diskutiert. Dabei wird auf Wissenschaftler und auch auf die Praktiker, die es umsetzen müssen, gehört. Leider war es ein Traum und die Realität holte mich ein. Die „Regionalkonferenzen“ waren aus meiner Sicht eine Farce. Der Innenminister lud die Bürgermeister des gesamten Landkreises Wittenberg ein, kam aber selbst leider nicht. Der Staatssekretär war ebenfalls verhindert und somit wurden wir von der „Arbeitsebene“ des Innenministeriums begrüßt. Dies soll keine Abwertung sein. Aber die Folgen waren eklatant... Zu Beginn folgte ein Powerpoint-Vortrag, der nichts Neues für uns brachte, weil die Anwesenden alle selbst lesen können und die Kenntnisse bereits besaßen, die da vermittelt werden sollten. Unsere speziellen Fragen wurden immer nur mit den Worten abgetan: „Wir sind nur die Arbeitsebene. Ihre Fragen müssen von der politischen Ebene beantwortet werden!“ Doch diese politische Ebene äußerte sich bis zum heutigen Tage nicht zu unseren Fragen. Hier wurden nur Gründe geliefert, die selbst mit dem eigenen Gutachten zu widerlegen sind. Es kam noch schlimmer. Alle Erfahrungen und Gutachten anderer Länder wurden zur Seite gewischt. Natürlich gab es positive Berichte, z.B. den eines Bürgermeisters aus Niedersachsen, in der Anhörung des Innenausschuss kurz vor Weihnachten. Der ist selbstverständlich kein SPD-Mitglied. Er brachte seine positiven Erfahrungen aus Sicht eines wohl hauptberuflichen Samtgemeindebürgermeisters ein. Das er wohl auf der Liste der SPD kandidierte ist natürlich nebensächlich.

Bei der letzten Sitzung des Innenausschusses brauchte dieser nur ca. 45 Minuten (inklusive einer ca. halbstündigen „Lesepause“), um das Gesetz „durchzuwinken“! Ist das intensive politische Arbeit? Oder ist das ein Ergebnis, einer Art Arroganz der Regierung, gegenüber dem Wähler oder denen gegenüber, die Fragen stellen könnten, auf die man keine Antworten hat?!? In einem solchen Tempo ein Gesetz zu behandeln, welches das K.O. von rund 850 selbstständigen Kommunen bedeutet, ist nicht nachvollziehbar? Welches nachweisbar das Engagement tausender ehrenamtlicher Politiker und anderer Aufgabenbereiche beenden wird und damit auch die Identifikation vieler Bürger zu Ihrer Heimat drastisch verschlechtern wird. Aber, auch nachgewiesen, keine immense Kostenersparnis oder gar Effizienzsteigerung bringt! Ein solches Gesetz soll mit brachialer Gewalt und sicher mit Fraktionszwang durchgepeitscht werden! Wo sind die Gründe, meine Damen und Herren? Wir, die Volksinitiative, lassen Ihre Arbeit, nämlich dieses Gesetz und die damit verbundene Reform durch das Landesverfassungsgericht prüfen. Damit kommt Ihre Arbeit auf den Prüfstand. Sicher wird dabei bis hin zur Europäischen Charta alles angesprochen. Aber stellen Sie sich vor, die Mängel, die wir seit Monaten aufzeigen, die immer nur vom Tisch gewischt wurden, die werden sich dann bestätigen. Was wird das für eine Auswirkung auf Ihre politische Arbeit haben?

Sie haben zur nächsten Landtagssitzung die Chance, zu zeigen, dass Sie ein wahrer Vertreter des Volkes und damit nur Ihrem Gewissen verpflichtet sind. Zeigen Sie Ihrem Wähler, dass Sie für ihn in Magdeburg arbeiten, zwar die politische Gesinnung Ihrer Partei vertreten, aber nicht dem „Fraktionszwang“ unterliegen! Trauen Sie sich und wehren Sie sich gegen Ihre eigene Entmündigung! Oder wie ist das zu verstehen, dass Sie (zumindest fast alle MdL der Koalition) einen Beschluss zur Juni-Sitzung gefasst haben, welcher beinhaltet, dass das Innenministerium bei der Erarbeitung von Leitbild und Gesetz, sich an das eigene Gutachten von IWH und MLU zu halten hat. Wie das umgesetzt wurde, das können Sie im aktuellen Gesetzesentwurf selbst nachlesen! Es ist Ihr Ansehen und Ihr Gesicht, in Ihrer Umgebung und Heimat, welches durch den vorliegenden Beschluss beschädigt wird. Ein Zitat sagt: Tue GUTES und sprich darüber! Da wir, die Volksinitiative und mittlerweile per Unterschrift dokumentiert, über 50.000 Bürger aus unserem Bundesland, das Gesetz als NICHT GUT einstufen, werden wir zur Sitzung genau beobachten und dann öffentlich dokumentieren, wie Sie alle, meine Damen und Herren, Ihre Arbeit für sich und Ihre Region oder Partei tun!

Sollte es ebenfalls eine Art „Durchwinken“ dieses Gesetzes geben, dann wird aus meiner Sicht nicht intensiv genug gearbeitet und ich behaupte fast, dass dabei undemokratische Züge einiger weniger Agierender zur Umsetzung kommen. Ich bin überzeugt, dass nicht alle Abgeordneten sich der Bedeutung des Gesetzes und der aus unserer Sicht enthaltenen Fehler und deren Folgen bewusst sind. Wir boten immer wieder an, mit uns zu reden. Aber statt miteinander zu reden, gab es nur von oben gerichtete „Standpauken“, die offenbar nur eines sollten, nämlich ablenken von offensichtlichen Fehlern. Fragen Sie doch mal nach, warum das Gesetz kommen muss! Kostenersparnis und Effizienzsteigerung sind es zumindest nicht.

Das die gewollten Strukturen für das Ehrenamt, gerade in politischer Sicht schädlich sind, ist ja ebenfalls bekannt. Stellt sich gleich die Frage, warum die Parteien, die alle an Mitgliederschwund leiden, gerade durch dieses Gesetz eine Art Harakiri an der Basis vollziehen wollen? Oder soll Parteiarbeit nur noch in den größeren Zentren stattfinden? Eine andere Frage ist für mich eher moralischer Natur. Man stelle sich vor, die Parteien, die das Gesetz wollen, haben auf den jeweiligen Parteitag die Koalitionspapiere von Ihrer „Basis“ beschließen lassen. Somit, das wird dann immer schnell angeführt, kommt man ja nicht mehr aus den Parteitagsbeschlüssen raus und muss diese umsetzen... Soweit dazu, aber wenn ich alle Mitglieder, die in der SPD und CDU organisiert sind zusammenfasse und dann noch unterstelle, dass alle Mitglieder dieses Gesetz wollen, dann komme ich immer noch auf bedeutend weniger Mitglieder, als die Volksinitiative Unterschriften gesammelt und an Sie übergeben hat. Hier die moralische Frage: Wer vertritt hier eigentlich WEN?!?

Welche Argumente kommen noch zur Reform:

Die Verwaltungsgemeinschaften sind nicht leistungsstark genug, um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Was bedeutet das? Eine Antwort bekamen wir nie. Nur solche Aussagen wie: Naja, der Gemeinschaftsausschuss ist nicht durch Wahl vom Volk legitimiert. Was heißt das im übertragenen Sinne? Ganz einfach! Alle Verbandsversammlungen von Abwasser- und sonstigen Zweckverbänden (die direkt in die Geldbörse des Volkes greifen), viele Minister oder auch Staatssekretäre und aber auch unser Ministerpräsident, alle sind wohl nur zu Ihrer Aufgabe und Tätigkeit berufen. Da alle Ihre Arbeit machen, kann das mit dem „vom Volk legitimiert“ sicher nicht stimmen.

Eine letzte Zusammenfassung:

Ein Gesetz, das offenbar keine positive Wirkung im Bereich Kosten, Effizienz und ehrenamtliches Engagement, also auch Wahlbeteiligung bringt, das die Identifikation mit der Heimat verschlechtert, das von mehr Menschen abgelehnt wird, als es Mitglieder in den Parteien der Befürworter gibt, ein solches Gesetz unter dem Deckmantel der Demokratie durchbringen zu wollen, das ist aus meiner Sicht wenigstens grob fahrlässig! Wer so handelt, der sollte sein TUN schnellstens überdenken, denn er handelt offenbar direkt gegen das eigene Volk!

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wenn Sie auch der Meinung sind, dass dieses Gesetz nicht der große Wurf ist, dann hören Sie auf Ihr Gewissen und stimmen Sie dagegen oder enthalten Sie sich wenigstens. Sie werden sicher vor Ort gefragt werden, warum Sie die Eigenständigkeit von ca. 850 Kommunen abgeschafft haben. Wir werden die Fragenden auch unterstützen.

Stellen Sie sich vor, es ist Wahl und außer Ihnen geht keiner mehr hin, weil keiner mehr Interesse und vielleicht auch kein Vertrauen mehr in Ihre Arbeit und Politik hat! Einige Zitate lege ich Ihnen bei. Überlegen Sie, ob Sie es moralisch verantworten wollen, wenn nicht mal 50% der Wähler eine eindeutige Regierung gewählt haben, also keiner der politischen Akteure zu überzeugen wusste!!! Dann lag es sicher nicht nur am Wetter oder den „so vielen unterschiedlichen Wahlterminen!“ Nein, Sie haben es nicht geschafft, mit Ihren Kandidaten oder Programmen den Wähler hinterm Ofen vorzulocken! Nur etwa ein Drittel der Wähler hat die CDU, nur jeder 5. hat die SPD gewählt und das obwohl ja nur knapp jeder Zweite zur Wahl ging, usw.. Was bedeutet das nun? Denken Sie mal einen Moment darüber nach! Oder wollen auch Sie auftreten und sagen: „Mehrheiten sind Mehrheiten und die werden genutzt, egal wie?“ Oder sagen Sie auch: „Was interessiert mich mein Geschwätz von Gestern?“ Glauben Sie, mit diesen Methoden bekommen Sie wieder Vertrauen vom Wähler? Denken Sie nach, schnell und auch gründlich!

Hier nun ein Vorschlag von mir:

Das Gutachten des IWH und der MLU verweist auf die Freiwilligkeit bei der Strukturwahl vor Ort. Also, der Wähler soll doch entscheiden, wie er verwaltet werden will. Vertrauen geben heißt auch solches ernten! Geben Sie uns, Ihren Wählern wieder Vertrauen und wir geben es zurück!

Lassen Sie uns, wie mehrfach vorgeschlagen, die Verwaltungsgemeinschaften qualifizieren. Lassen Sie uns diese in die Richtung bringen, damit sie den Aufgaben der Zukunft gewachsen sind. Was immer das auch bedeuten soll?!

Warum müssen Millionen von Steuergeldern ausgegeben werden, um eine solche Reform, die wohl nichts bringt, umzusetzen? Lassen Sie das Volk entscheiden! Lassen Sie das Geld lieber im Bereich Soziales, Bildung und Arbeit fließen! Wir brauchen keine neuen Verwaltungsstrukturen!

Wenn Sie diese Sätze lesen und nun das Thema Demographie auf die Tagesordnung rufen, dann will ich abschließend bemerken: Was kann eine Umkehr der demographischen Entwicklung bringen?

1. Die Einheitsgemeinde
2. Die Verbandsgemeinde
3. Diese Reform
4. Arbeit
5. Perspektive
6. Chance
7. Heimatgefühl

Ich glaube, wir müssen mehr in die Punkte 4 bis 7 investieren. Bis auf die Menschen, die leider sterben (klingt etwas makaber, ist aber so), müssen wir um jeden Sachsen-Anhaltiner kämpfen. Und eines ist sicher sehr richtig: Da wo Arbeit ist, da wohnen die Menschen! Bürokratie ist nicht besonders beliebt. Aber um diese kümmern wir uns ganz besonders und erzeugen damit viel Unmut. Nun geben wir für eine andere, aber nicht bessere Bürokratie, durch die Reform getrieben, noch mal Millionen von Steuergeldern aus. Finden Sie das RICHTIG?

Zum Schluss wünsche ich Ihnen ganz viel Gesundheit, Kraft, Glück und Erfolg, im Privaten, wie bei allen Ihren politischen Arbeiten und Handlungen, besonders bei der Behandlung des Gesetzes zur Gemeindegebietsreform.

Luther sagte einmal: „Man muss dem Volk aufs Maul schauen!“ TUN Sie es, noch ist es nicht zu spät!

Weitere Informationen können Sie unter www.volksinitiativesachsenanhalt2011.de nachlesen. Dort finden Sie viele Argumente, mit den jeweiligen Beweisen, gegen diese Reform. Nutzen Sie diese Plattform, um sich auch von der anderen Seite zu informieren.

Für den Fall, dass Sie auch gegen die Reform sind und uns unterstützen wollen, können Sie die, als Muster beigefügten Aufkleber bestellen. Damit können Sie nicht nur uns als Volksinitiative unterstützen, nein, Sie dokumentieren damit Ihre Meinung gegen diesen Gesetzesentwurf und somit für die kommunale Selbstverwaltung Ihrer Heimat!

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Thomas A. Jaskowiak

Anlage:
Zitatensammlung
Aufkleberübersicht
Bestellformular

Zitatesammlung:

“Jede kommunale Gebietsreform bringt tiefe Einschnitte für die Menschen in unserem Lande mit sich. Neugebildete Gemeinden, neue Strukturen und Verwaltungen können nicht funktionieren, wenn sie laufend geändert werden. Mit der losgetretenen Diskussion zum Leitbild hat die Landesregierung bisher nur Unruhe erzeugt.” (1)

“Die Kommunen müssen leistungsstark und wettbewerbsfähig sein ... es ist schon ein Trugschluss zu glauben, dass Größe gleich Leistungskraft sei. Aber davon gehen Sie immer wieder aus. Sie brauchen sich doch nur im Lande umzuschauen. Schauen Sie doch einmal die kleinen Gemeinden an. Diese haben eigentlich Ihre Infrastruktur weitgehend in Ordnung gebracht. Sie wollen keine Schulen, sie wollen keine Kindergärten haben, aber sie wollen Bürger haben, die sich dort wohl fühlen, heimisch fühlen, und sie wollen einen eigenen Bürgermeister und einen eigenen Gemeinderat haben, den sie selbst wählen.”(2)

“Das von der Landesregierung vorgelegte Leitbild für eine Kommunalreform ist nicht mehr haltbar. Nach dem Leitbild sollen sich fast alle Dörfer in Sachsen-Anhalt zu größeren Einheitsgemeinden zusammenschließen. Die Landesregierung behauptet, größere Kommunen seien finanziell leistungsstärker. Genau dies ist falsch .. Danach haben die kleinen Dörfer mit weniger als 500 Einwohner die geringsten Einnahmen, aber dennoch die höchsten Investitionen und geringste Pro-Kopf-Verschuldung ... Es zeigt sich wieder einmal, dass die Einwohnergröße nicht unbedingt etwas mit Leistungsfähigkeit zu tun hat. Angesichts der genannten Zahlen wäre es fahrlässig, den kleineren Gemeinden in Sachsen-Anhalt die Finanz- und Entscheidungsverantwortung wegzunehmen.”(3)

“Die CDU Sachsen-Anhalt bleibt dabei: Erhalt der kommunalen Vielfalt statt Gleichmacherei - oberstes Prinzip Freiwilligkeit! ...
- Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich ... für den Erhalt der kommunalen Vielfalt mit Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften unterschiedlichen Typs einschließlich des Trägergemeindemodells ein. Wir wollen die Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften, aber keinen vollkommenen Strukturwechsel.
- Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt freiwillige Zusammenschlüsse. Staatlich verordnete “Zwangsgemeinschaften” werden regelmäßig von den Beteiligten nicht akzeptiert und führen zu erheblichen Reibungsverlusten.”(4)

“Die Menschen brauchen überschaubare Einheiten, in denen sie sich wiederfinden.”(5)

“Gerde in einer Zeit, wo die Menschen sich mit ihrem Land identifizieren, kann man nicht alles wieder auf den Kopf stellen. Wir müssen vielmehr den Beweis antreten, dass wir mit effizienten Verwaltungen auch kleinere Länder wirtschaftlich führen können.”(6)

Quelle:

(1) Pressemitteilung der CDU Saalkreis vom 10.10.2000 vom damaligen Kreisvorsitzenden und heutigen Vorsitzenden des Innenausschusses im Landtag Sachsen-Anhalt Thomas Madl

(2) Plenarprotokoll 3/44 Landtag Sachsen-Anhalt vom 12.10.2000, Seite 3175, Redner der CDU-Abgeordnete Becker

(3) Infobrief der CDU-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt vom November 2000, Seite 2

(4) “Brehnaer Erklärung” Antrag des CDU-Landesvorstandes an den 10. Landesausschuss der CDU Sachsen-Anhalt (Beschl. am 20.3.200)

(5) Reinhard Höppner (SPD), Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, MZ 21.7.2000

(6) Reinhard Höppner (SPD) in “Der Sonntag” vom 15.10.2000

Bestellformular:

Bitte mailen an: ralfwunschinski@vodafone.de
Oder faxen an: 01805 233633 00101

Hiermit bestelle ich die folgende Anzahl an Aufkleber:

Stück:.....



Stück:.....



Stück:.....



Der Preis beträgt pro Stück 0,50 €. Somit überweiseich € auf das Konto der Volksinitiative:

Kontoinhaber: Ralf Wunschinski/Kurt Hambacher
Verwendungszweck: Volksinitiative Sachsen-Anhalt 2011
Bank: Stadt- und Saalkreissparkasse
BLZ: 800 537 62
Kto-Nr.: 3900004519

Die Quittung meiner Einzahlung senden Sie mit den Aufklebern bitte an die folgende Adresse:

Name:.....

Vorname:.....

Strasse:.....

Hausnummer:.....

PLZ:.....

Ort:.....

Ort / Datum:.....

Unterschrift:.....